



fahren zur Einführung einer Bezahlkarte für die Auszahlung staatlicher Leistungen für Asylbewerberinnen und -bewerber verständigt. „Der Einsatz von guthabenbasierten Bezahlkarten mit zentraler Aufladung stellt eine unbürokratische Alternative zur Auszahlung von Leistungen als Bargeld dar“, heißt es im FDP-Antrag (18/8116). Ein wesentliches Ziel der Bezahlkarte sei auch, „Fehlanreize der Bargeldauszahlung für irreguläre Migration zu reduzieren wie z. B. Zahlungen an Schlepper“. Die Landesregierung plane laut einem Medienbericht allerdings, dass Kommunen selbst über die Einführung entscheiden könnten. Es drohe ein „Flickentepich“, kritisiert die Fraktion. Die Landesregierung solle „auf eine landesweite und flächendeckende Einführung“ hinwirken und Städte und Gemeinden dabei „strukturell und finanziell“ unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stim-

men aller anderen Fraktionen abgelehnt. Auch ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion wurde abgelehnt.

Frauenhass im Internet

28.2.2024 – Das Internet und insbesondere die sozialen Medien böten einen fruchtbaren Nährboden für Sexismus und Frauenhass, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion (18/8128). Sie beschreibt darin eine „maskulinistische Szene aus verschiedenen Subkulturen“. Teils bestehe eine „ideologische Nähe zu rechtsextremen, antisemitischen und verschwörungstheoretischen Milieus mit latenter Gewaltbereitschaft“. Internet und soziale Medien hätten einen hohen Einfluss auf die Meinungsbildung von Heranwachsenden. Frauenfeindliche Inhalte im Netz stellten somit eine Gefahr dar – nicht

nur für Frauen und Mädchen, sondern auch für Gesellschaft und Demokratie: Jugendschutz, Gleichberechtigung und der Schutz vor Diskriminierung hätten eine große Bedeutung. Die SPD fordert u. a. Maßnahmen zur Bekämpfung von Frauenhass im Netz, eine Meldestelle sowie einen entsprechenden Fokus im Cyber-Recherche- und Fahndungszentrum des Landeskriminalamts. Es gelte, Lehrkräfte fortzubilden und Jugendliche in der Schule zu sensibilisieren. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen (federführend) überwiesen.

Große Anfrage

29.2.2024 – Der Landtag hat über eine Große Anfrage der AfD-Fraktion („Antisemitismus im Nachgang des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel in NRW – Welche Er-

Verpflichtung

Sandy Meinhardt ist neue Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen. Präsident André Kuper verpflichtete die SPD-Politikerin am 29. Februar 2024. Die 42-Jährige aus Dorsten war Anfang Februar über die Landesliste für die verstorbene Abgeordnete Dr. Nadja Büteführ aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis ins Parlament nachgerückt. Foto: Schälte

